

09.08.2023

An
die Abgeordneten des Europäischen Parlaments
die Mitglieder der Bundesregierung,
die Mitglieder des Deutschen Bundestages,
die Ministerpräsident/innen der Bundesländer,

die Position der Bundesinnenministerin Nancy Faeser zur kommenden Asylreform der Europäischen Union (EU) im Mai dieses Jahres sorgte bundesweit für Irritationen. Nun soll demnächst diese angedachte Asylreform im Europäischen Parlament verabschiedet werden.

Über 50 Organisationen¹ und über 700 Anwalt/innen und Jurist/innen² haben sich entschieden dagegen positioniert. In kurzer Zeit haben mehr als 35.000 Menschen die Petition „*Nein zu einem Europa der Haftlager für Flüchtlinge!*“³ von Pro Asyl unterschrieben.

Die im Juni 2023 von den EU-Ländern verabschiedete Reform zum gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS), bestätigt folgende Position: eine starke Verschärfung des EU-Asylsystems mit Zustimmung der Bundesregierung.

Diese Verschärfung der ohnehin inhumanen Bedingungen an den EU-Grenzen (s. Lesbos, Moria) sind für die kommunalen Integrationsbeiräte und ihre Dachorganisationen nicht hinnehmbar. *Noch ist Zeit, die geplante menschenrechtswidrige Asylreform zu ändern, bevor sie in den kommenden Wochen durch das europäische Parlament verabschiedet werden soll.*

Koalitionsvertrag ernst nehmen

Wir fordern, dass die Bundesregierung endlich die Punkte im Koalitionsvertrag umsetzt und „*die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beende[t]*“ (s. Koalitionsvertrag S. 141).

Kein Grenzverfahren außerhalb der EU-Grenzen!

Wir fordern humane Bedingungen, wenn Menschen den EU-Boden erreichen und keine haftähnlichen Lagerzentren in den Randstaaten Europas. Was die aktuelle Reform vorsieht, ist eine Abschottungspolitik, Missachtung des Asylrechts und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Grenzen. Darüber hinaus sollen Asylanträge in Drittstaaten, in denen die Genfer Flüchtlingskonvention fremd und nicht bindend ist, geprüft werden. Das ist nicht hinnehmbar und verlagert nur das Problem außerhalb der Europäischen Union. Das ist keine Lösung, sondern eine Verschärfung des Problems!

Keine Prüfung eines Asylantrags ohne unabhängigen rechtlichen Beistand!

Geplant ist ein Schnellverfahren für die Asylanträge – das begrüßen wir ausdrücklich. Aber nur unter der Bedingung, dass solche Anträge sorgfältig überprüft und mit rechtlichem Beistand abgewickelt werden. Erfahrungen der Hilfsorganisationen vor Ort zeigen ganz klar, dass „pauschale Entscheidungen nach dem Herkunftsland“ nicht ausreichen, um zu differenzieren, wer genau ein Recht auf Asylschutz in der EU hat.

Keine Abschiebung auf einem gemieteten Grundstück eines Drittstaats!

Solche Methoden werden bereits durch Länder praktiziert, die die Europäische Union verlassen haben, wie zum Beispiel in Großbritannien: Die Flüchtlinge, die auf britischem Boden nicht bleiben dürfen, werden interniert und nach Ruanda geschickt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits einen

¹ www.proasyl.de/wp-content/uploads/Gemeinsames-Statement_GEAS_16.05.2023-2.pdf

² www.rav.de/publikationen/mitteilungen/mitteilung/das-recht-auf-schutz-darf-nicht-abgeschafft-werden-949

³ www.aktion.proasyl.de/keine-haftlager/

Abschiebeflug verhindert und will darüber das letzte Wort haben.⁴ Wir unterstützen die Position des Europäischen Gerichtshofs und möchten darauf aufmerksam machen, dass es gegen die Menschenrechte verstößt, Asylsuchende auf eine solche Art und Weise in Drittstaaten abzuschieben. Die Europäische Union soll nachhaltige Lösungen für eine rechtlich akzeptable, nachhaltige Asylpolitik erarbeiten, die Menschenrechte und die Menschenwürde nicht aufweicht, sondern schützt. Wir fordern nachhaltige Lösungen und keine Symptombekämpfung!

Rückbesinnung auf den Ursprung der Genfer Konvention!

Noch wird über die geplante Asylreform verhandelt. Das letzte Wort wird das Europäische Parlament haben. Wir fordern daher die Vertreter/innen der EU-Staaten auf, sich auf die Genfer Konvention und auf das Grundrecht Asyl rück zu besinnen.

Das Europäische Parlament veröffentlicht auf seiner offiziellen Homepage folgendes Statement: „Jeder, der vor Verfolgung oder ernsthaftem Schaden in seinem Herkunftsland flieht, hat das Recht, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen. Asyl ist ein Grundrecht und es ist eine internationale Verpflichtung der Vertragsparteien des Genfer Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951, zu denen auch die Mitgliedstaaten der EU gehören, Personen, die die im Abkommen festgelegten Kriterien erfüllen, dieses Recht zu gewähren.“⁵

Anforderungen für ein nachhaltiges Asylsystem in der EU!

Die Zahl der Flüchtlinge steigt stetig weltweit. Wer vor den Folgen des Klimawandels, vor Hunger, Krieg oder Arbeitslosigkeit flüchtet, den wird keine Mauer oder inhumane Politik der EU abhalten. Weltweit sind momentan 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht.⁶

Die Welt schaut genau zu, wie wir mit Menschen an den Grenzen Europas umgehen und ob wir unsere demokratischen Werte auch an unseren Grenzen verteidigen. Deshalb und auch aufgrund unseres Selbstverständnisses sollen und müssen wir in der Europäischen Union Menschen würdevoll empfangen und ihnen faire Asylprozesse gewähren.

Gleichzeitig fehlen der immer älter werdenden EU-Bevölkerung zunehmend Arbeitskräfte und Fachkräfte. Es ist daher äußerst fatal für die Zukunft der EU, die Chancen und Potenziale der ankommenden Menschen aus Drittstaaten nicht zu nutzen. Unsere Erfahrungen zeigen, dass durch eine faire, humane Asyl- und Integrationspolitik aus den geflüchteten Menschen von gestern, heute Ärzt/innen, Erzieher/innen, Pfleger/innen und Freund/innen geworden sind.

Wir brauchen diese Menschen, damit die EU in Zukunft weiter wettbewerbsfähig im globalen Weltmarkt bleibt!

Wir wollen keine „Reform“ akzeptieren, die eine würdelose, unmenschliche Behandlung von Männern*, Frauen* und Kindern erlaubt und dadurch insbesondere die Positionen von rechtsextremen Bewegungen legitimiert! Eine Abschottungspolitik wird uns langfristig vor die Füße fallen!

Wir wollen mehr Engagement des Staates bei der Erstunterbringung von geflüchteten Menschen und eine engere Kooperation mit und mehr finanzielle Unterstützungen für die Kommunen. Die Kommunen tragen letztendlich die Verantwortung für diese Menschen und brauchen daher (finanzielle) Ressourcen für die Infrastrukturerweiterung und für die Integration von Menschen: für Deutschkurse, für die Kindebetreuung, für Therapieplätze usw.

Wir fordern Sie daher im Namen einer demokratischen und menschlichen Europäischen Union auf, sich für eine Einführung eines solidarischen europäischen Asylsystems einzusetzen, die momentan geplante unverantwortliche Asylreform abzulehnen und sich für eine klare Änderung der deutschen Position im Europa-Parlament einzusetzen.

Noch ist es nicht zu spät, das GEAS kann noch gestoppt werden, damit Menschenrechte in Europa noch eine Chance haben.

⁴ www.lto.de/recht/nachrichten/n/egmr-stoppt-abschiebeflug-nach-ruanda-regierung-england-grossbritannien-will-anfechten/

⁵ www.europarl.europa.eu/about-parliament/de/democracy-and-human-rights/fundamental-rights-in-the-eu/guaranteeing-the-right-to-asylum#:~:text=Jeder%2C%20der%20vor%20Verfolgung%20oder,auf%20internationalen%20Schutz%20zu%20stellen.

⁶ www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen